

VERTRAG

Zwischen dem Westerwaldkreis, vertreten durch den Landrat

- im folgenden Auftraggeber genannt -

u n d

dem Beförderungsunternehmen

XXX

- im folgenden Auftragnehmer genannt -

wird folgendes vereinbart:

§ 1

Vertragsgegenstand

- (1) Der Auftragnehmer befördert **Schüler/innen / Kinder** aus **XXX** **zur / von der XXX Schule in XXX** **zurück in ihre Wohnorte.**
- (2) Die Beförderung wird mit **1 Kraftomnibus** mit **X Sitzplätzen XXX mal wöchentlich montags bis freitags** an allen Schul-/Kindergartentagen durchgeführt.
- (3) Der Auftraggeber behält sich vor, weiteren Fahrgästen im Rahmen des zulässigen Fassungsvermögens der eingesetzten Fahrzeuge und unter Beachtung der Bestimmungen des Personenbeförderungsgesetzes die Mitfahrt zu gestatten. Zur Mitnahme von Nichtschülern/Nichtkindergartenkindern ist ggf. die Zustimmung des Verkehrsträgers für den öffentlichen Linienverkehr erforderlich.
- (4) Das mit der Ausschreibung erhaltene Leistungsverzeichnis mit den dazugehörigen Unterlagen wird Bestandteil des Vertrages.
- (5) Der Unternehmer erklärt ausdrücklich, dass er die Vorgaben des Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz – LTTG) einhält. Insbesondere wird bei Nichteinhaltung der Verpflichtungen nach den §§ 3 – 6 LTTG eine Vertragsstrafe nach diesem Gesetz in seiner jeweils geltenden Fassung fällig.

§ 2

Fahrstrecke und Fahrzeiten

- (1) Fahrstrecke, Fahrzeiten und Haltestellen ergeben sich aus dem beigefügten Fahrplan. Dieser ist Bestandteil des Vertrages.
- (2) Im Fahrplan sind die vom Auftragnehmer auf den einzelnen Fahrstrecken einzusetzenden Fahrzeuge nach Art, amtlichen Kennzeichen, Fassungsvermögen (Sitz- und Stehplätze) und Fahrleistung (km) festgelegt. Sollen andere als die im Fahrplan festgelegten Fahrzeuge eingesetzt werden, ist dies dem Auftraggeber vorher anzuzeigen; ist wegen des Eintretens unvorhergesehener Umstände (§ 3) eine vorherige Anzeige nicht möglich, ist die Anzeige unverzüglich nachzuholen.
- (3) Die zulässigen Haltestellen sind von den aufgrund der Verwaltungsvorschrift zu § 20 Straßenverkehrsordnung zuständigen Straßenverkehrsbehörden verbindlich festgelegt und im Fahrplan angegeben. Die Fahrzeuge dürfen nur an den festgesetzten Haltestellen anhalten.
- (4) Änderungen wie Fahrtstreckenreduzierungen oder Fahrtstreckenerweiterungen sind vorab zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer abzustimmen.
- (5) Bei **Kindergartenfahrten** muss darüber hinaus der Zeitpunkt der Abfahrt von den Wohnorten der Kinder so festgelegt werden, dass die Kinder rechtzeitig zu Beginn im Kindergarten sind. Die Rückfahrt zu den Wohnorten der Kinder erfolgt im unmittelbaren Anschluss an die Beendigung des Kindergartens. Die Zeiten des Kindergartenbeginns und -schlusses setzt der zuständige Träger des Kindergartens fest.

§ 3

Leistungsstörungen

Treten unvorhergesehene Umstände ein, die den Auftragnehmer vorübergehend daran hindern, der vereinbarten Leistungspflicht nachzukommen, hat er unverzüglich für gleichwertigen Ersatz zu sorgen. Sollten dadurch Mehrkosten entstehen, gehen sie zu Lasten des Auftragnehmers.

§ 4

Sicherheitsvorkehrungen

- (1) Im Hinblick darauf, dass es sich bei den zu befördernden Personen um Kinder handelt, verpflichtet sich der Auftragnehmer, im besonderen Maße auf die sichere Durchführung der Fahrten zu achten; die Sicherheitsbestimmungen der Straßenverkehrsordnung (StVO), der Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO) und der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrtunternehmen im Personenverkehr (BOKraft) sowie die hierzu behördlich erlassenen Anordnungen sind strikt einzuhalten.
- (2) Die eingesetzten Fahrzeuge haben nach Bau, Ausrüstung und Beschaffenheit stets den Sicherheitsbestimmungen der StVO, StVZO und der BOKraft zu

entsprechen. Insbesondere sind die nach § 29 StVZO in Verbindung mit Anlage VIII zur StVZO vorgeschriebenen Haupt-, Zwischen- und Bremsensonderuntersuchungen durchzuführen, festgestellte Mängel unverzüglich bis zum nächsten Einsatz zu beseitigen (§ 31 StVZO und § 23 StVO) und die Prüfbücher unverzüglich nach den Hauptuntersuchungen den zuständigen Behörden vorzulegen (§ 41 Abs. 2 BOKraft).

- (3) Auftragnehmer und Fahrer sind, auch wenn Begleitpersonen mitfahren, dafür verantwortlich, dass das zulässige Fassungsvermögen der Fahrzeuge nicht überschritten wird und für die Schüler/innen / Kinder geeignete Halteeinrichtungen vorhanden sind.

Bei Schulfahrten zusätzlich:

Bitte § 34 a StVZO i. V. m. § 69 Landesgesetz über die Schulen in Rheinland-Pfalz, höchstens 70 % der Stehplätze beachten.

Gemäß Beschluss des Kreistages des Westerwaldkreises vom 25.06.2001 sollen die üblichen 12-Meter-Busse höchstens mit 70-75 Fahrgästen besetzt werden, allerdings bei maximal nicht wesentlich über 50%iger Nutzung der für den allgemeinen Linienverkehr in der Kfz-Zulassung eingetragenen Stehplätze.

- (4) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die für die Schüler-/Kinderbeförderung eingesetzten Fahrzeuge auf seine Kosten gemäß § 33 Abs. 4 BOKraft mit den vorgeschriebenen Schildern nach Anlage 4 der BOKraft zu kennzeichnen. Die Wirkung des Schildes darf durch andere Aufschriften oder Bildzeichen nicht beeinträchtigt werden. Bei anderen Fahrten darf das Schild nicht gezeigt werden.
- (5) Es dürfen nur Fahrer eingesetzt werden, die - soweit nach den Vorschriften der Fahrerlaubnisverordnung (FeV) erforderlich - die Erlaubnis zur Fahrgastbeförderung besitzen.
- (6) Die Fahrer sind durch den Auftragnehmer zu verpflichten,
- stets langsam und jederzeit haltebereit an die Haltestellen heranzufahren,
 - das Warnblinklicht einzuschalten, solange Schüler/innen / Kinder ein- oder aussteigen (§ 16 Abs. 2 StVO),
 - erst abzufahren, wenn die Türen geschlossen sind, die Schüler/innen / Kinder ihre Plätze eingenommen haben und eine Gefährdung von Schüler/innen / Kindern an der Haltestelle ausgeschlossen ist und
 - die Türen auch in den Sommermonaten während der Fahrt geschlossen zu halten.
- (7) Die Fahrer sind - ausgenommen bei einer Überbesetzung des Fahrzeuges im Sinne von § 34 a StVZO - nicht berechtigt, Schüler/innen / Kinder aus dem Bus zu verweisen; Schüler/innen / Kinder, die die Sicherheit oder Ordnung des Fahrbetriebes oder andere Schüler/innen / Kinder gefährden, sind unverzüglich der Schule/dem Kindergarten und dem Auftraggeber zu melden; die Rechte des Betriebspersonals gemäß §§ 8 Abs. 3, 13 und 14 Abs. 4 BOKraft bleiben unberührt.

- (8) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, jeden Unfall dem Auftraggeber sofort zu melden.
- (9) Im Übrigen wird der Auftragnehmer auf die sorgfältige Beachtung der im "Anforderungskatalog für Kraftomnibusse und Kleinbusse, die zur Beförderung von Schülern und Kindergartenkindern besonders eingesetzt werden" und im "Merkblatt für die Schulung von Fahrzeugführern für die Beförderung von Schülern" (Verkehrsblatt, Amtl. Teil, Heft 15/2005, S. 604 ff.) aufgeführten gesetzlichen Bestimmungen, Regelungen und Hinweise besonders hingewiesen. Der Anforderungskatalog und das Merkblatt sind Bestandteil dieses Vertrages.

Die Eignung des Fahrzeuges für den Kinder-, Schüler- und Behindertenverkehr sowie die Anzahl der Sitz- und der geeigneten Stehplätze sind durch ein Gutachten einer amtlich anerkannten Organisation nachzuweisen.

- (10) Das Rauchen im Bus ist verboten.
- (11) **Bei Kindergartenfahrten wird außerdem der „Maßnahmenkatalog des Westerwaldkreises für die Kindergartenfahrten“ Bestandteil dieses Vertrages.**

§ 5

Haftung

Für die beim Betrieb des Fahrzeuges eintretenden Schäden (Personen- und Sachschäden) haftet der Auftragnehmer im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, entsprechend diesen Bestimmungen für einen ausreichenden Versicherungsschutz zu sorgen.

Darüber hinaus verpflichtet sich der Auftragnehmer, die einzusetzenden Fahrzeuge in der **Haftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme für den Einzelfall mit mindestens 100 Mio. €** zu versichern.

§ 6

Beförderungsentgelt, Abrechnung

- (1) Der Auftraggeber zahlt dem Auftragnehmer eine Vergütung. Diese bemisst sich aus einer pauschalen Tagesvergütung von

XX,XX €

in Worten: XXX/00 EUR

jeweils vervielfältigt mit der Zahl der nachgewiesenen Beförderungstage.

Bei **Schulfahrten** zuzüglich einer Vergütung für die Ausfalltage im Sinne des Absatzes 2 Satz 2.

In der Vergütung ist die Mehrwertsteuer, entsprechend den Bestimmungen des

Umsatzsteuergesetzes in der jeweils gültigen Fassung, enthalten.

- (2) Bei **Schul- und KiTa-Fahrten** wird für jeden Tag, dessen Ausfall der Auftraggeber nicht zu vertreten hat, keine Tagesvergütung gezahlt. Für jeden Tag, dessen Ausfall der Auftraggeber zu vertreten hat, beträgt die pauschale Vergütung 60 v. H. der pauschalen Tagesvergütung nach Absatz 1.
- (3) Auf die Vergütung nach Absatz 1 werden monatliche Abschlagszahlungen nach folgender Formel gezahlt:

$$\frac{\text{Tagespauschale} \times \text{XX Fahrtage}}{12 \text{ Monate}} = \text{XX,00 € / Monat (gerundet)}$$

Fahrtage pro Woche:	Fahrtage im Jahr für Schulen:	Fahrtage im Jahr für Kindergärten:
5 Tage	190 Fahrtage	220 Fahrtage
4 Tage	152 Fahrtage	176 Fahrtage
3 Tage	114 Fahrtage	132 Fahrtage
2 Tage	76 Fahrtage	88 Fahrtage
1 Tage	38 Fahrtage	44 Fahrtage

- (4) Die Abrechnung erfolgt grundsätzlich nach Ablauf des Kalenderjahres auf der Grundlage der Beförderungsnachweise nach § 7.
- (5) Die nach Abs. 1 zu zahlende Monatspauschale wird von der Kreisverwaltung des Westerwaldkreises in Montabaur - Kreiskasse - jeweils **zum 1. des Monats für den Vormonat auf folgendes Konto bei der XXX Bank überwiesen:**

IBAN **XXX**

BIC **XXX**

- (6) Verändert sich die gemäß § 2 festgelegte Fahrstrecke auf Verlangen des Auftraggebers oder durch Umstände, die von keinem Vertragspartner zu vertreten sind (z. B. Straßensperrung), werden die zusätzlichen Leistungen zu einem km-Satz von **X,XX €/km** gesondert in Rechnung gestellt bzw. angerechnet. Dieser Vergütungssatz gilt auch für die im Auftrag des Auftraggebers ausgeführten Sonderfahrten sowie bei einer vom Auftraggeber angegebenen Ausweitung oder Minderung der Fahrstrecke.
- (7) Eine Änderung der Zahl der zu befördernden Personen führt nicht zu einer Änderung des Beförderungsentgeltes.
- (8) Hinsichtlich des Entgeltes finden die Vorschriften der VO PR Nr. 30/53 Anwendung. Liegt ausnahmsweise ein Selbstkostenfestpreis vor, wird das betriebsnotwendige Kapital mit 6,5 % verzinst und der kalkulatorische Gewinn mit 5 % der Netto-Selbstkosten abgegolten.
- (9) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, alle Unterauftragnehmer vor oder bei Vertragsabschluss davon zu unterrichten, dass der Auftraggeber die Anwendung der VO/PR Nr. 30/53 auf den Unterauftrag verlangt.

- (10) Frühestens nach einer Laufzeit von 2 Jahren kann ein Gespräch über eine Erhöhung der Beförderungsentgelte erfolgen.

§ 7

Beförderungsnachweis

Der Auftragnehmer füllt für den Zeitraum 01.01. bis 31.07. sowie 01.08. bis 31.12. eines jeden Kalenderjahres die Vordrucke Beförderungsnachweis Teil 1 (Januar bis Juli) und Teil 2 (August bis Dezember) über die erbrachten Beförderungstage in einfacher Ausfertigung aus. Hierbei sind Ausfalltage mit Datum und Grund anzugeben.

Der Auftragnehmer legt die vorgenannten Aufstellungen zweimal im Kalenderjahr der Schul-/Kindergartenleitung vor (Teil 1 spätestens am letzten Tag der Sommerferien und Teil 2 spätestens am letzten Tag der Weihnachtsferien); diese überprüft die Richtigkeit und leitet beide Beförderungsnachweise zeitnah an den Auftraggeber weiter. Sollten sich Unterschiede hinsichtlich der Beförderungstage zwischen der Aufstellung des Auftragnehmers und dem Prüfvermerk der Schule/dem Kindergarten ergeben, so unterrichtet der Auftraggeber den Auftragnehmer zum Zeitpunkt der Erstellung der Schlussabrechnung.

§ 8

Leistungsänderungen

Änderungen der Leistung (z.B. Vertragsgegenstand, Fahrstrecke, Fahrtzeit, Vergütung etc.) werden über Fortschreibungen eines Leistungsscheins abgewickelt. Dieser wird Bestandteil des Vertrages.

§ 9

Sonstiges

Im Rahmen der freiwilligen Selbstkontrolle verpflichtet sich der Auftragnehmer, für die Schülerbeförderung keine Fahrzeuge mit Werbung für alkoholische Getränke oder für sonstige Leistungen, die gegen die vorherrschenden Vorstellungen von Anstand und Moral verstoßen, einzusetzen.

§ 10

Kündigung

- (1) Dieser Vertrag kann von jedem der Vertragspartner mit einer Frist von 3

Monaten zum Vertragsende/Ende des Schul-/Kindergartenjahres gekündigt werden.

- (2) Aus wichtigem Grund ist eine fristlose Kündigung zulässig.

Als wichtiger Grund gilt insbesondere

- eine grobe Zuwiderhandlung gegen Bestimmungen dieses Vertrages, insbesondere gegen die gesetzlichen oder vertraglichen Sicherheitsbestimmungen,
- die mindestens grob fahrlässige und erhebliche Nichterfüllung einer Verpflichtung nach den §§ 3 - 6 LTTG,
- der Beginn neuer schul-/kindergartenorganisatorischer Maßnahmen
- eine wesentliche Änderung der Schüler-/Kinderzahl, die den Einsatz eines anderen Fahrzeuges erforderlich macht,
- die Konzessionierung einer für die Schülerbeförderung zumutbaren Linienverbindung im ÖPNV (vorrangige Nutzung des ÖPNV, § 69 Abs. 4 SchulG).

§ 11

Vertragsdauer, VOL-B

- (1) Dieser Vertrag wird ab **XX.XX.2026** wirksam und läuft bis zum **31.07.2027**.

Er verlängert sich bis zu dreimal um jeweils ein weiteres Jahr. Die Verlängerung erfolgt stillschweigend, wenn er nicht vom Auftraggeber drei Monate vor Ablauf gekündigt wird.

- (2) Kündigung und Änderung des Vertrages bedürfen der Schriftform. Im Übrigen gelten die Bestimmungen der VOL-B (Allgemeine Bedingungen für die Ausführung von Leistungen).

Montabaur, XX.XX.2026

XXX, _____
(Datum)

Kreisverwaltung
des Westerwaldkreises
in Montabaur
Im Auftrag:

(Unterschrift Auftragnehmer)

(Achim Gläser)